Lokale Repräsentationsspezifika der AfD im Vergleich: Klassenfragen im Kontext der sachsen-anhaltinischen Kommunalwahl 2024

Nikolas Dietze

Zusammenfassung: In diesem Artikel werden deskriptive Repräsentationsmuster und -disparitäten der AfD auf kommunaler Ebene am Fallbeispiel der sachsen-anhaltinischen Kommunalwahlen 2024 herausgearbeitet. Ziel der Untersuchung ist, soziostrukturelle Merkmale der AfD-Kandidat:innen zu kontrastieren und mit den Profilen der CDU, SPD und Linken zu vergleichen. Methodisch erfolgt dies mittels einer deskriptiv-quantitativen Datenanalyse von 2.577 Kandidat:innen entlang berufs- und bildungsspezifischer Merkmale, die anschließend klassenspezifisch analysiert werden. Die zentralen Ergebnisse zeigen, dass die AfD überproportional viele Kandidat:innen aus niedrigqualifizierter Produktions- und Dienstleistungsarbeit aufstellt und damit wesentlich repräsentativer für die ostdeutsche Sozialstruktur ist als die drei Vergleichsparteien, die primär hochqualifizierte Berufs- und Statusgruppen vertreten. Die Diskussion stellt mögliche Erklärungsansätze für diese Befunde heraus und unterstreicht, wie die AfD die soziale Frage von Verteilungsfragen weg hin zu nationalistischen und klassistischen Narrativen umdeutet.

Schlüsselbegriffe: Repräsentation, Klassenanalyse, AfD, Soziale Frage, Kommunalpolitik, Transformation

Class-Based Representation by the AfD in East German Local Elections

Summary: This article examines patterns and disparities of descriptive representation by the Alternative for Germany (AfD) at the local level, using the 2024 municipal elections in Saxony-Anhalt as a case study. The aim of the analysis is to contrast the socio-structural characteristics of AfD candidates and compare them with those of the CDU, SPD, and The Left. Methodologically, the study is based on a descriptive quantitative analysis of 2,577 candidates, focusing on occupational and educational attributes, which are subsequently assessed through a class-based analytical lens. The key findings reveal that the AfD disproportionately nominates candidates from low-skilled production and service occupations, making it significantly more representative of the East German social structure than the three comparison parties, which predominantly nominate candidates from highly qualified professional and status groups. The discussion explores potential explanations for these findings and emphasizes how the AfD reframes the social question – shifting the focus from issues of distribution toward nationalist and classist narratives

Keywords: Representation, Class Analysis, AfD, Social Question, Local Politics, Transformation

1 Einleitung

Im Superwahljahr 2024, in dem Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen stattfanden, ist vor allem der Stellenwert der Kommunalwahlen für die Gesamtentwicklung der AfD nicht zu unterschätzen. Jüngste Forschungsergebnisse verdeutlichen die Bedeutung des kommunalen Raums für die gesamtstrategische Ausrichtung der Partei, die darüber ihren Einfluss auf Landes- und Bundesebene vergrößern und sich als akzeptierte Partei etablieren und normalisieren will (Schroeder et al. 2025; Heinze 2024; Virchow/Quent 2024). Während es der AfD bis 2024 noch an einer weitreichenden Verankerung in den Kreis-, Stadt- und Ortschaftsräten fehlte (Begrich 2024), kann davon nach den Kommunalwahlen im Juni 2024 keine Rede mehr sein: Die Partei wurde in allen ostdeutschen Bundesländern stärkste Kraft, ist fortan durch eine Vielzahl an Mandatsträger:innen flächendeckend in kommunalen Gremien vertreten und festigt ihre Stammwählerschaft (Heinze/Höhne 2024). Profitieren kann die AfD in Ostdeutschland durch die weitverbreitete Entfremdung von der parlamentarischen Demokratie als Staatsform, der Ablehnung der Parteiendemokratie sowie einer gleichzeitig hohen politischen Deprivation und Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen (Decker et al. 2023). Während Forschungsarbeiten zur AfD auf lokaler Ebene zwar aktuell zunehmen (u.a. Schroeder et al. 2025; Dietze et al. 2024; Hummel/Taschke 2024), weisen diese allen voran auf die Gelegenheitsstrukturen hin, die aus der Repräsentations- und Vertrauenskrise der parlamentarischen Parteiendemokratie für die AfD entwachsen (Hauke 2023; Domann/Nuissl 2022; Botsch/Schulze 2019).

Hingegen stellen Arbeiten zur Frage nach Repräsentationsmerkmalen in Bezug auf die AfD auf kommunaler Ebene bislang einen blinden Fleck innerhalb der Forschungslandschaft dar. Dieser Artikel greift diese Beobachtungen auf und arbeitet am Untersuchungsgegenstand der Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2024 erstmals Repräsentationsmuster und -disparitäten der AfD heraus. 1 Im Zentrum steht die Auseinandersetzung mit der Forschungsfrage, welche soziostrukturellen und klassenspezifischen Merkmale die Kandidat:innen der AfD im Vergleich zu den Kandidat:innen der CDU, SPD und Linken aufweisen. Bei der Auswahl an Vergleichsfällen wurde sich auf die Parteien beschränkt, die als "vermeintlich etablierte Volksparteien" (Begrich 2023) wahrgenommen werden beziehungsweise wurden und durch ihre politische Funktion auf Landes- und Bundesebene eine entscheidende Brücke zur kommunalen Ebene darstellen, was sie von den Grünen, der FDP und freien Wählervereinigungen unterscheidet. Zudem verfügen alle drei Vergleichsparteien als einzige über mehr Mitglieder als die AfD in Sachsen-Anhalt (Niedermayer 2024). Als Analyseraster dient das Klassenschema von Daniel Oesch (2006; 2013), das durch seine Differenzierung in Berufslogiken und Qualifizierungslevel ermöglicht, die erhobenen Daten anschließend in Abhängigkeit zur Transformations- und Strukturwandelgeschichte Ostdeutschlands zu setzen und potenzielle Erklärungsansätze kenntlich werden zu lassen.

Die Untersuchung fand im Rahmen des Forschungsprojekts "Integrative Demokratieforschung im Land Sachsen-Anhalt" statt, das aus Mitteln des sachsen-anhaltinischen Ministeriums für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt finanziert wird.

2 Theoretische Einbettung

In diesem Abschnitt wird der vorliegende Artikel theoretisch gerahmt und anhand von relevanten Themenkomplexen eingeordnet. Eingangs wird auf das Konzept der politischen Repräsentation in Bezug auf die konkrete Fragestellung des Artikels eingegangen. Es folgt eine kurze Abhandlung über die Zusammenhänge von Strukturwandel und (Problemen der) Transformation in Sachsen-Anhalt. Daran schließt ein Überblick über die Deutungsmuster der Klassenpolitik der AfD an. Um zum grundlegenden Verständnis der erhobenen empirischen Daten beizutragen, schließt dieser Abschnitt mit einer Zusammenfassung der sachsen-anhaltinischen Kommunalwahlergebnisse ab, die in die Methodik und Darstellung der Ergebnisse überleitet.

2.1 Politische Repräsentation auf lokaler Ebene

Zentral für die konzeptionelle Rahmung ist Hanna Pitkins (1967) Unterscheidung zwischen deskriptiver und substanzieller Repräsentation. Deskriptive Repräsentation stellt das Ausmaß dar, in dem sich die Sozialstruktur einer Gesellschaft in den Parlamenten widerspiegelt, während substanzielle Repräsentation die tatsächliche parlamentarische Interessensvertretung einer bestimmten Gruppe beschreibt. Diese Untersuchung bezieht sich auf das Konzept der deskriptiven Repräsentation, deren klassische Merkmale "Migrationshintergrund, Geschlecht, Alter sowie Schicht" (Blätte et al. 2023: 13) sind. Die Zahl an Forschungsarbeiten zur politischen Repräsentation, die explizit die lokale Ebene untersuchen, ist stark begrenzt. Für den deutschsprachigen Raum sind vor allem die Vielfaltstudien von Blätte et al. (2023) hervorzuheben, die die gesellschaftliche Realität in der deutschen Kommunalpolitik untersuchen und auf zentrale Repräsentationsdefizite hinweisen: Zwar werden die Kommunalparlamente migrantischer und weiblicher, aber auch immer akademischer und Menschen aus niedrigen (Bildungs-)Schichten und Arbeiter:innen bleiben lokal erheblich unterrepräsentiert (Blätte et al. 2023). Studien belegen kontinuierlich, dass dies nicht nur auf kommunaler Ebene zutrifft und weisen auf die weltweite Unterrepräsentation von Arbeiter:innen in den Parlamenten hin (u. a. Folke/Rickne 2024; Hahn 2024; Best/Cotta 2000).

Dennoch stehen die Zusammenhänge zwischen Klasse und politischer Repräsentation in empirischen Untersuchungen weit weniger als andere Repräsentationsmerkmale im Fokus (Blätte et al. 2023). Als dafür ursächlich sehen Elsässer und Schäfer (2021) den Bedeutungsverlust von arbeiterorientierten Interessensverbänden sowie das kaum noch durch Klassenkonflikte gekennzeichnete Parteiensystem an. Eine dezidierte Forschung ist infolge sich global verstärkender Ungleichheits- und Verteilungskonflikte dazu umso notwendiger, da diese nicht nur durch die Repräsentationsdefizite gefördert werden, sondern sich dadurch das Risiko für ein Aufkommen reaktionär-populistischer Gegenbewegungen erhöht (Folke/Rickne 2024; Mau et al. 2023; Carnes 2018). Im Osten Deutschlands ist dies bereits in der Praxis zu beobachten: Die AfD weiß die schwache Verankerung, Präsenz und Struktur von Interessensverbänden und Parteien in der Fläche (Bergmann et al. 2025; Begrich 2023) zu nutzen und inszeniert sich vielerorts als alleinige Kümmerin und "Sprachrohr einer ostdeutschen Seele" (Mau 2024: 89). Zur Strategie der Partei zählt es dabei, die bei den Ostdeutschen weitverbreitete politische Deprivation (Decker et al. 2023) zu adressieren und die durch

Transformationserfahrungen entstandenen affektiven Gefühlswelten von Deklassierung und Nicht-Anerkennung anzusprechen (Mau 2024; Spissinger 2024).

2.2 Transformation, Strukturwandel und politische Mobilisierung

Die Nachwendejahre waren in den ostdeutschen Bundesländern von einer umfassenden Deindustrialisierung sowie einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt, deren Folgen bis in die 2010er-Jahre anhielten und "mentalitätsprägend" für die angesprochenen Gefühlswelten sind (Kiess et al. 2023: 7). Infolgedessen hat dieser Transformationsprozess eine ostdeutsche Arbeitswelt geschaffen, aus der einerseits "Zwangsentschleunigte" hervorgingen, die in die Arbeitslosigkeit gezwungen wurden, und anderseits "Angstbeschleunigte", die jedwede Zumutung im Sinne des Arbeitsplatzerhalts erdulden mussten (Behr 2017: 31; ebd.). Rund 30 Prozent der erwerbstätigen Ostdeutschen sind heutzutage im Niedriglohnsektor beschäftigt. In Sachsen-Anhalt, wo rund 15 Prozent der Menschen als armutsgefährdet gelten (Reimer-Gordinskaya et al. 2023), verdichten sich diese Entwicklungen: Der Strukturwandel veränderte die ehemals industriell und landwirtschaftlich geprägte Wirtschaftslandschaft nachhaltig. Der Rückgang traditioneller Branchen wurde von einer zunehmenden Bedeutung des Dienstleistungs- und Technologiesektors begleitet. Das Bundesland ist von einer im ostdeutschen Vergleich hohen Erwerbslosigkeit, niedrigen Reallöhnen sowie einer schwachen Tarifbindungsquote geprägt (Reimer-Gordinskaya et al. 2023). Hinzu kommen regionale Disparitäten zwischen urbanen und ländlichen Gebieten (Nadler 2021). Während Städte wie Magdeburg und Halle von technologischen und dienstleistungsorientierten Investitionen profitieren, erleben ländliche Regionen wirtschaftliche Stagnation und einen fortlaufenden Verlust von Arbeitsplätzen (Böttcher 2024; Nadler 2021). Demografisch erlebt das Bundesland seit der Wiedervereinigung einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang, der durch eine sinkende Geburtenrate, eine hohe Sterblichkeit und die Abwanderung junger, gut ausgebildeter Erwachsener geprägt ist; parallel dazu altert die Bevölkerung stark, der Anteil über 65-Jähriger nimmt stetig zu, während die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt (Nadler 2021).

Diese sozioökonomischen und -demografischen Transformationsprozesse wirken sich auch auf die politische Mobilisierung aus: Im ostdeutschen Vergleich ist die grundsätzliche Wahlbeteiligung nirgendwo so gering wie in Sachsen-Anhalt (Reimer-Gordinskaya et al. 2023), ebenso auffällig ist der niedrige Anteil an Parteimitgliedern (Niedermayer 2024 [jährliche Erhebung]). Einkommensschwache und bildungsfernere Personen bleiben zunehmend Wahlen fern und lassen sich immer weniger mobilisieren (Mau et al. 2023; Schäfer 2015). Dies begründet sich u. a. dadurch, dass der prozentuale Rückgang der Arbeiter:innen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen zu einer Neuausrichtung linkerer Parteien geführt hat, die sich neue Wählergruppe mit höherem Status erschlossen (Mau 2023 et al.; Mosimann et al. 2022) und somit erheblich Stimmen aus der Arbeiterschaft verloren haben (Brenke/ Kritikos 2020). Davon profitiert die AfD maßgeblich: Während zur Bundestagswahl 2013 nur sechs Prozent der Arbeiter:innen die Partei wählten, waren es zur Bundestagswahl 2025 ganze 38 Prozent (infratest dimap 2025). Untersuchungen zum Wählerprofil der AfD zeigen, dass Arbeiter:innen und Menschen mit geringem bis mittelhohem Einkommen überproportional vertreten sind (Zick/Mokros 2023) und der Zuspruch unter ostdeutschen Arbeiter:innen höher als für jede andere Partei ist (Müller 2021).

Zwischen den Statusgruppen der AfD-Wähler:innen und den Positionen der Partei klafft indes eine große Lücke, da diese als nicht arbeitnehmerfreundlich gelten (Kaphegyi 2023; Hensel/Finkbeiner 2017). Die Sozialpolitik der AfD auf Bundesebene kennzeichnet sich durch ein Maß an Kürzungen, das keine andere Bundestagsfraktion anstrebt (Fratzscher 2023). Diese Kürzungen, beispielsweise die Senkung des Spitzensteuersatzes oder niedrigere Löhne für Geringverdienende, würden AfD-Wählende wesentlich stärker als Wählende anderer Parteien zu spüren bekommen (Fratzscher 2023). Während die Partei auf Bundesebene (und in den Westverbänden) einen stärker marktliberalen Kurs zulasten prekär-beschäftigter Lohnabhängiger verfolgt und leistungsorientierte Arbeitnehmer:innen, Mittelständler:innen und Gewerbetreiber:innen adressiert (Fratzscher 2023; Pühringer et al. 2021), entfaltet in den Ostverbänden zudem das Versprechen nach einer national-exklusiven Solidarität entsprechende Symbolkraft (Becker et al. 2018).

2.3 Klassenpolitik der AfD

Klassenspezifische Positionierungen werden besonders im völkischen Lager der AfD sichtbar, wo der sozialpolitische Ansatz eines sogenannten solidarischen Patriotismus vertreten wird (Hagedorny 2025; Hauff 2024). Diesen Ansatz kennzeichnet ein exkludierendes Konzept, das die soziale Frage mit der nationalen Frage verbindet und auf Sozialchauvinismus und Produktivismus beruht (Abts et al. 2021). Exkludierend, weil Solidarität nicht im Hinblick auf die Interessen der einzelnen Lohnabhängigen gedacht wird, sondern als meritokratische Verpflichtung des Einzelnen gegenüber dem großen Ganzen, womit in Leistungswillige und angeblich Leistungsunwillige unterschieden wird (Hagedorny 2025). AfD-Ehrenvorsitzender Alexander Gauland umschreibt dies als "Allianz einer nationalen Arbeiterschaft" und "des nationalen Bürgertums" (Gauland 2019: 18). Björn Höcke spricht von einer "neue[n] deutsche[n] soziale[n] Frage [...] der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen" (zit. nach Veiglhuber/Weber 2022: 9). Damit wird einerseits Protektionismus gegenüber all denjenigen beschworen, die Anspruch auf soziale Gerechtigkeit hätten und anderseits allen ohne vermeintlichen Anspruch mit neoliberaler Politik entgegengetreten (Hauff 2024), Charakteristisch für diese neoliberale Politik ist ein als "bestimmte[r] Modus der Veränderung und Stabilisierung von Klassenverhältnissen" verstandener Klassismus, der als strategisches Mittel fungiert, um in Klassenverhältnisse einzugreifen und einzuwirken (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2023: 24). Damit werden klassenspezifische Verteilungskonflikte von einem meritokratischen "Wettbewerb der Individuen" und einer "Konkurrenz der Statusgruppen" (Mau et al. 2023: 73) überlagert, sodass die Klasse der Lohnabhängigen fraktioniert und schlussendlich demobilisiert wird (Dörre 2021).

Soziale und ökonomische Unsicherheiten, die durch den Strukturwandel, insbesondere den Rückgang industrieller Arbeitsplätze und die Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungssektor, größer werden, kommen fortan anders zum Ausdruck (Dörre 2019). Mau et al. (2023) stellen in ihrer Studie zu Ungleichheitskonflikten in der Gegenwartsgesellschaft dar, wie sich Konflikte in den unterschiedlichen Austragungsarenen verschieben. Konflikte aus der Oben-unten-Arena werden in die Innen-Außen-Arena umgedeutet, sodass beispielsweise die Angst vor individuellem Statusverlust und ökonomischsozialem Abstieg mit Ressentiments gegenüber Migrant:innen oder Prekarisierten aufgeladen werden (Mau et al. 2023).

2.4 Die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt 2024

Am 09. Juni 2024 fanden in den elf Landkreisen und drei kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts die Wahlen der Kommunalparlamente statt. Mit 28,1 Prozent der Stimmen wurde die AfD erstmals stärkste Kraft im Bundesland und konnte ihr Ergebnis um 11,7 Prozentpunkte zur Wahl 2019 steigern. Der CDU gelang es zwar ebenfalls, ihr Ergebnis leicht zu verbessern, die Partei landete mit 26,8 Prozent jedoch knapp hinter der AfD. Ihnen folgten SPD (11,9%) und Linke (8,3%), die jeweils Stimmen im Vergleich zur Wahl 2019 verloren. Die FDP und die Grünen blieben beide unter fünf Prozent der Stimmen (Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt 2024).

Neben den Wahlergebnissen der Parteien ist auf den bei rund zwölf Prozent liegenden Stimmenanteil für freie Wählerlisten und -vereinigungen zu verweisen (Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt 2024). Dieser kann als Ausdruck einer zunehmenden Fragmentierung der Kommunalparlamente sowie einer Repräsentations- und Vertrauenskrise der parlamentarischen Parteiendemokratie interpretiert werden² (Kiess et al. 2024; Jankowski et al. 2022; Angenendt 2021). Daraus resultieren zudem Gelegenheitsstrukturen für rechte Akteur:innen auf kommunaler Ebene (Domann/Nuissl 2022). Für die Gesamtstrategie der AfD ist der Erfolg auf kommunaler Ebene äußerst entscheidend, zumal es ihr vor den Kommunalwahlen 2024 noch an einer umfassenden Verankerung in den ostdeutschen Kommunalgremien gefehlt hatte (Begrich 2024). Die kommunale Etablierung der AfD soll zur Normalisierung der Gesamtpartei als legitime und akzeptierte politische Akteurin beitragen und dadurch den auf Landes- und Bundesebene bestehenden *Cordon sanitaire* als Konsens demokratischer Parteien unterminieren (Dietze et al. 2024; Höhne/Heinze 2024; Virchow/Quent 2024).

3 Methodik

Der Artikel basiert auf einer quantitativ-deskriptiven Vergleichsanalyse (Stein 2022). Grundlage ist ein Rohdatensatz, der Informationen zu den Kandidat:innen der Kommunalwahl 2024 in Sachsen-Anhalt umfasst, die auf Kreisniveau angetreten sind. Dieser Rohdatensatz wurde aus den öffentlich zur Verfügung stehenden Wahlunterlagen erstellt und beinhaltet die Variablen Listenzugehörigkeit, Kreiszugehörigkeit, Alter, Geschlecht, Beruf sowie akademischer Rang.³ Um die Verteilung dieser Merkmale zwischen den vier ausgewählten Parteien analysieren zu können, wurden die jeweiligen Wahllisten anhand ihrer Kandidierenden (n=2.577) deskriptiv ausgewertet (Stein 2022; Häder/Häder 2022). Die Analyse der Sozialstruktur der Kandidat:innen erfolgte neben den Variablen Alter, Geschlecht und akademischer Rang anhand ihrer angegebenen Berufsbezeichnungen nach dem Klassenschema von Daniel Oesch (2006; 2013). In diesem Sozialstrukturmodell wird in abhängig Beschäftigte und Selbstständige unterteilt, die sich in vier verschiedene Hauptlogiken sowie nach ihrer Qualifizierung aufteilen. Diese Differenzierung in Beruf und Qualifikation geht dabei mit der Darstellung von "größerer oder geringerer Produktions- und Marktmacht" einher (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2023: 20). Innerhalb der Lohnabhängigen und

² Dazu sowie zum Verhältnis zwischen freien Wählervereinigungen und der AfD auf kommunaler Ebene ausführlich in Kiess et al. 2024.

³ Für die technische Umsetzung danke ich Tilo Giesbers.

deren Arbeitslogiken wird zwischen höher und niedriger qualifizierten Berufen differenziert. Im Bereich der unabhängigen Arbeitslogik steht nicht die Qualifizierung im Vordergrund, sondern die Größe des Unternehmens.

Tabelle 1: Klassenschema nach Oesch (2006; 2013) (Quelle: eigene Darstellung)

	Selbstständige	abhängig Beschäftigte				
	Unabhängige Arbeitslogik	Technische Arbeitslogik	Organisationale Arbeitslogik	Interpersonelle Servicelogik ⁴		
Höhere Qualifizierung	Arbeitgeber/ freie Berufe (Notarin, Zahnärztin)	Technische Expert:innen (Architekt, Ingenieurin)	mittleres/ oberes Management (Unternehmens- beraterin, CEO)	soziokulturelle Expert:innen (Klinikärztin, Lehrerin)		
Niedrigere Qualifizierung	Kleinunter- nehmer:innen (Soloselbstständige, Kiosk- betreiber)	Produktions- arbeiter: innen (Handwerker, Maurerin)	einfache Bürokräfte (Sekretärin, Sachbearbeiter)	Dienstleistungs- arbeiter:innen (Verkäufer, Altenpflegerin)		

Die Berufsangaben der Kandidat:innen von AfD, CDU, SPD und Linken wurden manuell mithilfe einer standardisierten Zuordnungstabelle den entsprechenden Kategorien des Oesch-Modells zugeordnet. Für eine präzisierte Auswertung wurden die Kategorien *Ruhestand* sowie *Andere* ergänzt. Als im Ruhestand wurden alle Personen gelistet, die angaben, sich außer Dienst zu befinden oder (Früh-)Rentner:in zu sein. Die Kategorie *Andere* umfasst Statusangaben, die sich nicht den vier Arbeitslogiken entsprechend kategorisieren lassen. Subsumiert wurden darunter Personen, die arbeitslos, Schüler:in, Studierende oder Auszubildende sind.

4 Darstellung der Ergebnisse

Tabelle 2: Soziodemografische Merkmale der Kandidat:innen (Quelle: eigene Darstellung)

	Anzahl Kandidat: innen	Frauen	<25 Jahre	26 - 49 Jahre	50 - 64 Jahre	>65 Jahre	Altersdurch- schnitt
AfD	914	22%	2%	39%	37%	19%	52
CDU	720	21%	2%	44%	36%	15%	51
SPD	581	23%	6%	39%	30%	22%	51
Linke	362	33%	4%	32%	29%	28%	54

Der Blick auf die Kandidat:innen der vier Parteien zeigt, dass die AfD mit Abstand die meisten Personen zur Kommunalwahl 2024 in Sachsen-Anhalt aufgestellt hat. Für die CDU haben rund 200 Personen weniger kandidiert, für SPD und Linke noch weniger. Der Anteil an weiblichen Kandidat:innen ist zwischen AfD, CDU und SPD nahezu gleich, nur Die Linke weist mit 33 Prozent einen deutlich höheren Wert auf. Hinsichtlich des Durchschnittsalters stimmen AfD, CDU und SPD ebenfalls nahezu über ein, während Die Linke (54 Jahre) leicht darüber liegt. In der Altersstruktur sind sich vor allem AfD und CDU sehr ähnlich. Mehr als 75 Prozent der Kandidat:innen beider Parteien sind zwischen 26–64 Jahren und nur zwei Prozent unter 25 Jahren. Wenngleich SPD und Linke ebenfalls die größten Kohorten zwischen 26–49 Jahren sowie 50–64 Jahren aufweisen, sind ihre Altersstrukturen diverser. Deutlich wird dies an den höheren Werten in der Kohorte der unter 25-Jährigen sowie der über 65-Jährigen.

Markantere Unterschiede zwischen den Parteien treten in der Analyse der Klassenzugehörigkeiten zum Vorschein. Die nachfolgenden Darstellungen visualisieren die zentralen Ergebnisse und verdeutlichen die Repräsentationsspezifika der AfD. Wie Abbildung 1 zu entnehmen ist, weisen die AfD-Kandidat:innen eine überproportionale Repräsentation der technischen Produktionsarbeit (41%) auf, insbesondere niedrigqualifizierter Berufsgruppen. Der Dienstleistungssektor – interpersonelle Servicelogik mit niedriger Qualifikation – ist mit 15 Prozent stärker als bei den Vergleichsparteien vertreten. Weniger stark vertreten sind die Bereiche soziokultureller Expert:innen sowie hochqualifizierter organisationaler Arbeit. Die AfD ist die einzige der vier Parteien, deren Kandidat:innen mehr niedrig- als hochqualifizierte Berufe ausüben. Zwölf Prozent der AfD-Kandidat:innen geben an, im Ruhestand zu sein, womit die Partei im Vergleich zu SPD, CDU und Linke im Mittelfeld liegt.

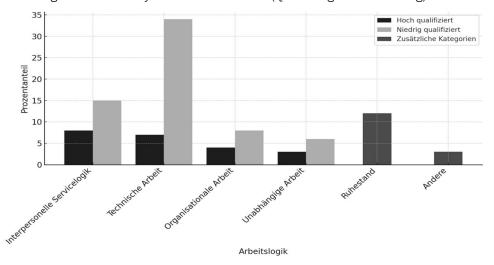


Abbildung 1: Klassenanalytisches Profil der AfD (Quelle: eigene Darstellung)

Tabelle 3 stellt die Parteien im Vergleich gegenüber. Ein Fünftel der CDU-Kandidat:innen gibt an, einer hochqualifizierten Servicearbeit nachzugehen. Sie bilden als soziokulturelle

Expert:innen den größten Sektor innerhalb der Partei. Im Vergleich zu den anderen Parteien sticht die CDU vor allem bei der organisationalen Arbeit und der unabhängigen Arbeit hervor, wo sie unabhängig vom Qualifizierungsniveau jeweils die höchsten Werte aufweist. In den Kategorien Andere und Ruhestand sind die CDU-Kandidat:innen jeweils am wenigsten repräsentiert.

Die SPD-Kandidat:innen sind von allen Parteien am stärksten im Bereich der soziokulturellen Expert:innen verankert (25%) und am schwächsten in den Bereichen der Dienstleistungsarbeitenden (6%) sowie der niedrigqualifizierten Selbstständigen (2%). In den Bereichen der technischen und organisationalen Arbeit liegen die Werte unter der CDU und über der Linken und der AfD. In den Kategorien Ruhestand (14%) und Andere (6%) hat die SPD die zweithöchsten Werte aller vier Parteien.

Die Linke verfügt von allen Parteien über die meisten Personen, die sich nicht in das Klassenschema eingruppieren lassen, da sie entweder angeben, bereits im Ruhestand (19%) zu sein oder als Andere (7%) gelistet werden. Die meisten Kandidat:innen der Partei gehören mit 20 Prozent der Gruppe von soziokulturellen Expert:innen an. Schwächer als die AfD, dafür aber stärker als CDU und SPD ist Die Linke mit zwölf Prozent im Dienstleistungssektor vertreten. Im Bereich der technischen Arbeit liegt die Partei auf Niveau von SPD und CDU. Besonders schwach ist die Partei in den Bereichen der niedrigqualifizierten organisationalen Arbeit sowie der Selbstständigen repräsentiert.

Tabelle 3: Klassenanalytisches	Profil nach Partei	(Quelle: eigene Darstellung)

	Technische Arbeit		Organis ale Arb	nisation- Interpersone rbeit Servicelogik			Unabhängi- ge Arbeit		Ruhe- stand	Andere
	Qualifizierungslevel (erster Wert: hochqualifiziert, zweiter Wert: niedrigqualifiziert)									
AfD	7%	34%	4%	8%	8%	15%	3%	6%	12%	3%
CDU	10%	11%	14%	13%	21%	8%	6%	7%	9%	1%
SPD	11%	11%	12%	8%	25%	6%	5%	2%	14%	6%
Linke	9%	12%	9%	7%	20%	12%	2%	3%	19%	7%

Abbildung 2 hebt hervor, wie frappierend die Unterschiede zwischen den Parteien sind, wenn der Blick ausschließlich auf die beruflichen Qualifizierungsniveaus der Kandidat:innen fällt. Während die Kandierenden der CDU (58%), SPD (66%) und Linke (57%) zu mehr als der Hälfte aus hochqualifizierten Berufsgruppen kommen, ist es bei der AfD andersherum. Dort entfällt nur etwa ein Viertel (26%) auf Kandidat:innen einer hochqualifizierten Berufsgruppe, während 74 Prozent einer niedrigqualifizierten Berufsgruppe entstammen. Der Vergleich des akademischen Hintergrunds der Kandierenden lässt diese Lücke weiter aufklaffen: Während nur ein Prozent der AfD-Kandidat:innen promoviert sind, verfügen vier Prozent der Linken, fünf Prozent der CDU und sieben Prozent der SPD-Kandidat:innen über einen Doktorgrad.

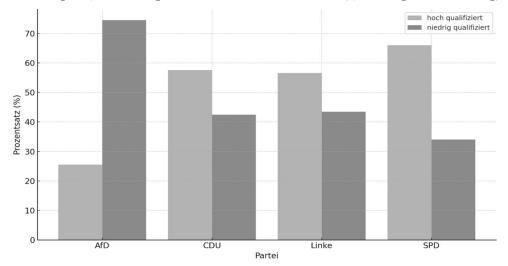


Abbildung 2: Qualifizierung der Kandidat:innen nach Partei (Quelle: eigene Darstellung)

Zusammenfassend zeigt die Analyse deutliche Asymmetrien zwischen den Kandidat:innen der untersuchten Parteien. Die AfD-Kandidat:innen sind durch eine hohe Repräsentation niedrigqualifizierter Produktionsarbeit und Dienstleistungen gekennzeichnet, überwiegend männlich und zwischen 25 und 64 Jahren alt. Im Gegensatz dazu dominieren bei CDU, SPD und Linke hochqualifizierte Berufsgruppen, insbesondere im Bereich der soziokulturellen Expert:innen. Alters- und Geschlechterverteilungen variieren ebenfalls, aber weniger stark. Während CDU und AfD ähnliche Alterskohorten aufweisen, sind SPD und Linke diverser.

5 Diskussion der Ergebnisse

Die vorliegende Untersuchung zur Sozialstruktur der AfD-Kandidat:innen auf kommunaler Ebene legt signifikante deskriptive Repräsentationsunterschiede zu den Vergleichsparteien offen. Im folgenden Abschnitt werden die empirischen Befunde im Licht der theoretischen Konzepte der politischen Repräsentation, des Strukturwandels und der Klassenpolitik analysiert und in einen größeren Sinnzusammenhang überführt sowie diskutiert.

5.1 Repräsentationslücken(-füller)

Die vorliegende Untersuchung hat auf der Ebene der deskriptiven Repräsentation deutlich herausgestellt, dass die AfD wesentlich stärker als die Vergleichsparteien Kandidat:innen aus Produktionsarbeit sowie aus Dienstleistungsberufen rekrutiert. Ebenso spricht sie als einzige der untersuchten Parteien in einem besonders hohen Maß Kandidat:innen an, die aus niedrigqualifizierten Berufsgruppen stammen. Im Gegensatz zu bisherigen Studien, die auf ein deskriptives Repräsentationsdefizit dieser Gruppen national, international (Folke/Rickne

2024; Elsässer/Schäfer 2021) aber auch kommunal (Blätte et al. 2023) hinweisen, deutet die vorgenommene Untersuchung darauf hin, dass die AfD-Kandidat:innen diese Lücke ausfüllen und niedrigqualifizierte Produktions- und Dienstleistungsarbeiter:innen ohne akademischen Hintergrund wesentlich stärker repräsentieren.

Im Vergleich sind die AfD-Kandidat:innen in ihrer Sozialstruktur damit wesentlich repräsentativer für die ostdeutschen Bundesländer, in denen rund 30 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohnsektor beschäftigt sind, während "höhere Angestelltenexistenzen, Managementtätigkeiten, das Beamtentum, freie Berufe und neue (kulturelle) Professionen [...] vergleichsweise wenig verbreitet" sind (Mau 2024: 24). Da die quantitativen Befunde dieser Untersuchung lediglich Aussagen über das Ausmaß an deskriptiver Repräsentation treffen können, bleibt an dieser Stelle als eine der zentralen Fragen offen, ob diese auch mit einer substanziellen Interessensvertretung durch die kommunalen AfD-Mandatsträger:innen einhergeht. Stattdessen wird in den folgenden Teilabschnitten erörtert, wie die AfD die soziale Frage umdeutet und damit eine transformative Klassenpolitik blockiert.

5.2 Wie die AfD die soziale Frage umdeutet

Die mit dem Strukturwandel einhergehenden Transformationsprozesse bilden im "Feld der Arbeitsbeziehungen [...] einen der Kernpunkte der Wiederkehr der sozialen Unsicherheit" (Castel 2009: 27; Dörre 2021). Verstärkt wird die soziale Unsicherheit durch die Krise des neoliberalen *High-Tech-Kapitalismus*, die zu steigender Armut, einem expandierenden Niedriglohnsektor, hoher Arbeitslosigkeit sowie dem Rückgang industrieller Arbeitsplätze führte (Dörre 2021; Haug 2012). Mit der Deindustrialisierung geht die Schwächung der Produktions- und Industriearbeiter:innen einher, die in der Gruppe der Lohnabhängigen zu einer Minderheit geraten sind (Dörre 2019). Infolgedessen wird beständig darauf hingewiesen, dass Arbeiter:innen von Gefühlen der gesellschaftlichen Abwertung und Deklassierung betroffen sind (Axster 2024). Die AfD – als parlamentarische Vertreterin einer radikalen Rechten – bietet darauf eine reaktionäre Antwort, indem sie als "metapolitische Gefühlsarbeiterin" (Spissinger 2024: 33) versucht, die sozial-ökonomischen Unsicherheiten der Arbeiter:innen aufzugreifen und deren Zukunfts- und Abstiegsängste zu mobilisieren (Sturm 2020; Dörre 2019).

Dabei orientiert sich die Partei am *America First*-Dogma, dessen Narrativ auf einem meritokratischen Leistungsprinzip beruht (Kitschelt/Rehm 2022; Sandel 2020). Dieses Narrativ vermittelt das Gefühl, trotz harter Arbeit in einer Warteschlange festzustecken, an deren Ende Wohlstand und Gerechtigkeit warten – während sich ständig neue Menschen ohne vermeintlichen Anspruch vordrängen (Hochschild 2016). Die Machtposition derjenigen, die sich aufgrund von Armut und sozialen Unsicherheiten gesellschaftlich abgewertet fühlen, soll durch die Abwertung und symbolische Überordnung gegenüber noch stärker von Armut, Migration oder Prekarisierung betroffenen Gruppen gestärkt werden (Hochschild 2016). Wenngleich der Begriff der Unterschicht als analytische Kategorie wenig taugt, eignet dieser sich als Ressentiment, um Spaltung, Ängste und Klassenfraktionierungen zu erwirken und diejenigen zu mobilisieren, die möglicherweise selbst abstiegsbedroht sind und damit ihre Ablehnung und "Solidaritätsverweigerung gegenüber den Prekarisierten und Ausgegrenzten [zu] legitimieren" (Castel/Dörre 2009: 383). Versinnbildlicht lässt sich dies durch das Radfahrersyndrom – mit dem das Konzept des Autoritarismus beschrieben wird – erklären, das

eine Person charakterisiert, die nach oben gegenüber Autoritäten buckelt und nach unten gegenüber Minderheiten tritt (Horkheimer/Adorno 2008 [1947]); vgl. Weyand 2023).

Dies führt dazu, dass die Klasse der Lohnabhängigen in Leistungswillige und Leistungsunwillige unterteilt und somit gespalten und gegeneinander aufgebracht wird (Reimer-Gordinskaya/Tzschiesche 2023). Der Glaube an die Versprechen der Meritokratie, der unter Produktions- und Dienstleistungsarbeiter:innen am weitesten verbreitet ist, lässt Verteilungskonflikte in den Hintergrund treten. Es kommt zu einer Demobilisierung der Klassen (Dörre 2021) und stattdessen zu einem Konkurrenzkampf der Individuen und ihrer Statusgruppen (Mau et al. 2023). Zudem werden Verteilungskonflikte in eine Auseinandersetzung zwischen innen und außen umgedeutet (Dörre 2019). Damit steht in Zusammenhang, dass sich insbesondere in den ostdeutschen Landesverbänden der völkische Flügel der AfD und das Konzept des *solidarischen Patriotismus* umfassend durchgesetzt hat. Die soziale Frage wird zur "Verteilungsfrage des Volksvermögens von innen nach außen" (Höcke nach Veiglhuber/Weber 2022: 9) umgedeutet.

Entsprechende Verweise finden sich auch in der Landespolitik der AfD in Sachsen-Anhalt wieder: Friedrich und Linke (2018: 42) stellen schon in den frühen Jahren des Landesverbandes fest, dass dessen sozialpolitischer Kern darin besteht, Sozialneid und Konkurrenz zu schüren und Ausgaben für Asylsuchende zu monieren, die dafür verantwortlich seien, dass das "eigene Volk" zu kurz komme. Im Landeswahlprogramm der Partei 2021 heißt es daran anknüpfend, dass "[d]ie Unterbringung und Verpflegung von Asylantragstellern" Millionen an Steuergelder verzehre, "das dann für die Belange der einheimischen Bevölkerung fehlt" (AfD Landesverband Sachsen-Anhalt 2021: 16). Diese Politik setzt sich fort und passt sich stetig gesamtgesellschaftlichen Diskursen an: Zuletzt gerieten ukrainische Geflüchtete ins Visier der Partei, die u.a. mittels mehrerer kleinen Anfragen im Landtag versuchte, einen scheinbaren Sozialbetrug zulasten deutscher Steuerzahler:innen in die Aufmerksamkeit zu rücken (AfD Landesverband Sachsen-Anhalt 2024a und 2024b).

In Bezug auf die dargestellten Ergebnisse dieser Untersuchung liegt die Vermutung nah, dass die Kandidat:innen der AfD, die größtenteils aus der Klasse lohnabhängiger Arbeiter: innen kommen, nicht klassenspezifisch im Sinne einer substanziellen Repräsentation ihrer Interessen mobilisiert werden, sondern Lösungswege in Bezug auf die soziale Frage anstreben, die einer transformativen Klassenpolitik im Weg stehen. Mau et al. (2023: 295) zeigen in ihrer Untersuchung zu gegenwärtigen Ungleichheitskonflikten, dass in der Innen-Außen-Arena die Skala bei Dienstleister:innen und Produktionsarbeiter:innen weit in den konservativen Bereich reicht, während diese bei soziokulturellen Expert:innen, Unternehmer:innen oder technischen Expert:innen stärker in den progressiven Bereich ragt. Dass die AfD gerade mit der nationalistischen Umdeutung der sozialen Frage unter Arbeiter:innen Zuspruch erfährt, legen auch Zick und Mokros (2023) dar, die herausstellen, dass unter verschiedenen Berufsgruppen vor allem Arbeiter:innen rechtsextremen Aussagen zustimmen und 17 Prozent von ihnen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild vertreten (Zick/Mokros 2023).

Inwieweit die präsentierten Ergebnisse einen Erfolg dieser Mobilisierung in Bezug auf die Vielzahl an AfD-Kandidat:innen aus niedrigqualifizierter Produktions- und Dienstleistungsarbeit darstellen, kann allenfalls vermutet werden, taugt aber als ein potenzieller Erklärungsansatz. Ein weiterer potenzieller Erklärungsansatz für die Sozialstruktur der AfD-Kandidat:innen könnte die geringe betriebliche Mitbestimmung in Sachsen-Anhalt sein (Reimer-Gordinskaya et al. 2023). Diese geringe Mitbestimmung am Arbeitsplatz wird mit einer erhöhten Anfälligkeit für rechtsextreme und antidemokratische Einstellungen in Ver-

bindung gebracht (Kiess et al. 2023). Das spiegelt sich auch darin wider, dass in Sachsen-Anhalt 11,6 Prozent der Bevölkerung ein geschlossen rechtsextremes Weltbild vertreten (Decker et al. 2023).

6 Schlussbemerkungen

Die vorliegende Untersuchung zeigt deutlich, dass die AfD auf kommunaler Ebene in Sachsen-Anhalt eine signifikant andere Sozialstruktur bei ihren Kandidat:innen aufweist als die Vergleichsparteien CDU, SPD und Linke. Während letztere vorrangig hochqualifizierte Berufsgruppen mit akademischem Hintergrund für ihre Listen mobilisieren, rekrutiert die AfD überproportional viele Kandidat:innen aus niedrigqualifizierten Produktions- und Dienstleistungsberufen. Die Partei schließt eine Lücke in der deskriptiven Repräsentation, die in bisherigen Studien als eines der größten parlamentarischen Defizite beschrieben wurde. In Hinblick auf die ostdeutsche Sozialstruktur sind die AfD-Kandidat:innen mit ihrem Profil wesentlich repräsentativer als die untersuchten Vergleichsparteien.

Aus dieser quantitativen Untersuchung konnten deskriptive Repräsentationsmuster und -lücken für die untersuchten Parteien herausgearbeitet werden, womit Fragen hinsichtlich substanzieller Repräsentation aufgeworfen werden, die im Zentrum zukünftiger Forschungsvorhaben zur AfD auf lokaler Ebene stehen könnten. Zudem könnte ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland die Fragen beantworten, inwieweit die jeweilige Sozialstruktur der AfD-Kandidat:innen repräsentativ für die Sozialstruktur der Region ist sowie ob die politische Ausrichtung der AfD-Landesverbände ein Indikator für die Sozialstruktur der Kandidat:innen ist. Weiter wurden potenzielle Erklärungsansätze für die Repräsentationsmuster und -disparitäten der AfD-Kandidat:innen diskutiert und herausgestellt, wie die Partei durch eine nationalistische und klassistische Umdeutung der sozialen Frage einer transformativen Klassenpolitik im Wege steht.

Quellenverzeichnis

- AfD Landesverband Sachsen-Anhalt (2021). Alles für unsere Heimat. Programm der AfD-Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2021. Zugriff am 12.03.25 unter https://afd-lsa.de/wp-content/uploads/2021/03/ENDFASSUNG-Programm-LTW-2021.pdf
- AfD Landesverband Sachsen-Anhalt (2024a). Möglicher Sozialbetrug durch ukrainische Staatsbürger in Sachsen-Anhalt. Zugriff am 12.03.25 unter https://afdfraktion-lsa.de/moeglicher-sozialbetrug-durch-ukrainische-staatsbuerger-in-sachsen%E2%80%90anhalt/
- AfD Landesverband Sachsen-Anhalt (2024b). Vermögensfeststellung bei ukrainischen Staatsbürgern. Zugriff am 12.03.35 unter https://afdfraktion-lsa.de/vermoegensfeststellung-bei-ukrainischenstaatsbuergern/

Literaturverzeichnis

- Abts, Koen; Dalle Mulle, Emmanuel; van Kessel, Stijn & Michel, Elie (2021). The Welfare Agenda of the Populist Radical Right in Western Europe: Combining Welfare Chauvinism, Producerism and Populism. Swiss Political Science Review, 27(1), 21–40. https://doi.org/10.1111/spsr.12428
- Angenendt, Michael (2021). Rage against the party machine? Wählergemeinschaften als Alternative im kommunalpolitischen Wettbewerb. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 31(4), 627–641. https://doi.org/10.1007/s41358-021-00301-3
- Axster, Felix (2024). Fleiß/Faulheit und Zusammenhalt Postsozialistische Transformation und ostkoloniale Kritik. In: Berthold Vogel & Harald Wolf (Hrsg.), *Arbeit und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Konzepte, Themen, Analysen* (S. 113–140). Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag. https://doi.org/10.12907/978-3-593-45776-5
- Becker, Karina & Dörre, Klaus & Reif-Spirek, Peter (2018). *Arbeiterbewegung von rechts? Un-gleichheit Verteilungskämpfe populistische Revolte*. Frankfurt am Main: Campus Verlag. https://doi.org/10.1515/srsr-2020-0012
- Behr, Michael (2017). Das Ende des ostdeutschen Arbeitsspartaners. Warum der Umbruch auf dem Arbeitsmarkt die Arbeitskultur verändern wird. *Berliner Debatte Initial*, 28(3), 29–42.
- Best, Heinrich & Cotta, Maurizio (Hrsg.). (2000). Parliamentary Representatives in Europe 1848–2000: Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries. Oxford: Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/oso/9780198297932.001.0001
- Brenke, Karl & Kritikos, Alexander S. (2020). Wohin die Wählerschaft bei der Bundestagswahl 2017 wanderte. DIW Wochenbericht 17/2020, 299–310.
- Botsch, Gideon & Schulze, Christoph (2019). Bürgerwut im Kreistag? *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle*, 5, 2019.
- Begrich, David (2023). AfD oder der Kampf um die ostdeutsche Zivilgesellschaft. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/2023, 9–12.
- Begrich, David (2024). Ostdeutschland: Was nach den Demos kommen muss. Blätter für deutsche und internationale Politik, 3/2024, 9–12.
- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Engler, Jan & Fremerey, Melinda (2025). Lokale Präsenz von Partein: ein Ost-West-Gefälle? IW Kurzbericht Nr. 42/2025. Zugriff am 14.06. unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Kurzberichte/PDF/2025/IW-Kurzbericht_2025-Partei en-Präsenz.pdf
- Blätte, Andreas & Dinnebier, Laura & Schmitz-Vardar, Merve (2023). Vielfalt sucht Repräsentation. Amts- und Mandatsträger*innen in der Kommunalpolitik. Vielfaltstudie Teil 3. In Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Schriften zur Demokratie, Band 67, 2023.
- Böttcher, Fabian (2024). Auswirkungen von Industrieansiedlungen für die Bevölkerungs- und Landesentwicklung im ländlichen Raum Sachsen-Anhalts. CIMA Institut für Regionalwirtschaft GmbH. Zugriff am 10.01.25 unter https://demografie.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MLV/Demografieportal/Bilder/Aktuelles/News/daten-und-konzepte/CIMA-Demografiestudie.pdf
- Castel, Robert (2009). Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In Robert Castel & Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg und Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (S. 21–34).* Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Castel, Robert & Dörre, Klaus (2009). Einleitung. In Robert Castel & Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg und Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts (S. 11–20).* Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.
- Carnes, Nicholas (2018). *The Cash Ceiling: Why Only the Rich Run for Office—and What We Can Do about It.* Princeton: Princeton University Press. https://doi.org/10.1515/9780691184203
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes & Brähler, Elmar (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. EFBI Policy Paper, 2, 2023.

- Dietze, Nikolas (2025). AfD in kommunaler Verantwortung: Normalisiert statt entzaubert. Zeitschrift für Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 1, 2025, 110–124.
- Dietze, Nikolas; Quent, Matthias & Müller, Marvin (2024). Normalisierung von unten Das Ringen der AfD um kommunale Ämter. Magdeburg: Institut für demokratische Kultur. Zugriff am 15.01.25 unter https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/07/Das-Ringen-der-AfD-um-kommunale-Aem ter Bericht.pdf
- Dörre, Klaus & Becker, Karina (2019). Völkisch populism: a Polanyian-type movement? In Roland Atzmüller et al. (Hrsg.), *Capitalism in Transformation. Movements and Countermovements in the 21st Century (S. 152–168).* Cheltenham. Edward Elgar Publishing. https://doi.org/10.4337/9781788974240.00017
- Domann, Valentin & Nuissl Henning (2022). Gelegenheitsstrukturen für populistische Kommunalpolitik der radikalen Rechten. In Daniel Mullis & Judith Miggelbrink (Hrsg.), lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen (S. 201–218). Bielefeld: transcript.
- Dörre, Klaus (2019). "Land zurück!" Arbeiter, Abwertung, AfD. WSI-Mitteilungen, 72(3), 168–176. https://doi.org/10.5771/0342-300x-2019-3-168
- Dörre, Klaus (2021). Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik. In Mario Candeias (Hrsg.), *Klassentheorie. Vom Making und Remaking* (S. 524–555). Hamburg: Argument-Verlag. https://doi.org/10.12907/978-3-593-44717-9
- Elsässer, Lea & Schäfer, Armin (2021). Repräsentation und Responsivität. Wie die Zusammensetzung der Parlamente politische Entscheidungen beeinflusst. In Karl-Rudolf Korte & Martin Florack (Hrsg.), *Handbuch Regierungsforschung (S.* 683–693) Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30071-5 61
- Folke, Olle, & Rickne, Johanna (2024). The Class Ceiling in Politics. *American Political Science Review*, 2024, 1–18. https://doi.org/10.1017/S0003055424001011
- Fratzscher, Marcel (2023). Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. DIW aktuell, No. 88, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
- Friedrich, Sebastian & Linke, Bernd (2018). Reaktionär, rassistisch und rechts. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AfD) in Sachsen-Anhalt und Stendal. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), Studien, 1/2018. Zugriff am 30.01.25 unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien 1-18 Reaktionaer web.pdf
- Gauland, Alexander (2019). Populismus und Demokratie. Sezession, 88, 14-20.
- Hahn, Caroline (2024). The Voice of the Absent? The Link Between Descriptive and Substantive Representation of the Working Class in Western Europe. In *Political Studies*, 72(2), 527–550. https://doi.org/10.1177/00323217221126668
- Hauff, Martin (2024). Sozialstaat von rechts. DISS-Journal. Zugriff am 14.06.25 unter https://www.diss-duisburg.de/2024/06/sozialstaat-von-rechts/#sdfootnote5sym
- Haug, Wolfgang Fritz (2012). *Hightech-Kapitalismus in der Großen Krise*. Hamburg: Argument Verlag. Hauke, J. Cash (2023). ,Das Amt verschenkt^{*}? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle, 11, 2023.
- Heinze, Anna-Sophie (2024). Die AfD wird 10, bleibt aber ausgegrenzt. In Oliver Drewes & Marius Minas (Hrsg.), Politikwissenschaftlicher Jahresrückblick 2023 (S. 19–22). Trier: Trierer Institut für Demokratie- und Parteienforschung.
- Hagedorny, Mattheus; Kiess, Johannes & Schilk, Felix (2025). *Die sozialpolitische Doktrin der Neuen Rechten*. Hans Böckler Stiftung, Working Paper Forschungsförderung, 362, Januar 2025.
- Häder, Michael & Häder, Sabine (2022). *Stichprobenziehung in der quantitativen Sozialforschung*. In Nina Baur & Jörg Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (S. 425–442). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8_27
- Hensel, Alexander & Finkbeiner, Florian (2017). Die AfD vor der Bundestagswahl 2017: Vom Protest zur parlamentarischen Opposition. Eine Studie der Otto Brenner Stiftung. Zugriff am 15.06.25 unter

- https://www.otto-brennerstiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftspo rtal/03_Pu blikationen/AH91 AfD BTWahl Goettingen 2017 07 17.pdf
- Hochschild, Arlie Russell (2016). Strangers in Their Own Land: A Journey to the Heart of Our Political Divide. New York: Ingram Publisher Services.
- Horkheimer, Max & Adorno, Theodor W. (2008 [1947]). Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hummel, Steffen & Taschke, Anika (2024). Hält die Brandmauer? Studie zu Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Zugriff am 19.03.25 unter https://www.rosalux.de/! leadmin/rls uploads/pdfs/Studien/Studie Brandmauer web.pdf
- Höhne, Benjamin & Heinze, Anna-Sophie (2024). Kümmern und spalten: Wie die AfD die Kommunalpolitik verändert. In VerfBlog, 2024/12/13. Zugriff am 24.02.25 unter https://verfassungsblog.de/kummern-und-spalten/https://doi.org/10.59704/e07428803cd0cc0f
- Infratest dimap (2025). ARD-DeutschlandTREND Februar extra 2025 "Nach der Bundestagswahl". Zugriff am 05.03.25 unter https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2025/februar-extra/
- Jankowski, Michael; Juen, Christina-Marie & Tepe, Markus (2022). The impact of anti-establishment parties on the electoral success of independent local lists: Evidence from Germany. Party Politics, 28(1), 127–136.
- Kaphegyi, Tobias (2023). Droht der Sozialpartnerschaft ein "blaues Wunder"? Die arbeitspolitischen Orientierungen AfD-naher Arbeiter*innen als Herausforderung für die Arbeiternehmer*innenseite. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 4/023, 169–180.
- Kiess, Johannes; Wesser-Saalfrank, Alina; Bose, Sophie; Schmidt, Andre; Brähler, Elmar & Decker, Oliver (2023). Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland. Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen. Otto-Brenner-Stiftung (Hrsg.), OBS-Arbeitspapier, 64, 2023.
- Kiess, Johannes; Feuerer, Amelie & Dilling, Marius (2024). Entfremdung von der Demokratie? Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung des Parteiensystems in Sachsen. In Oliver Decker et al. (Hrsg.), Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023 (S. 64–85). Leipzig: edition überland.
- Kitschelt, Herbert P. & Rehm, Philipp (2022). Polarity Reversal: The Socioeconomic Reconfiguration of Partisan Support in Knowledge Societies. Politics & Society, 51 (4), 520–566. https://doi.org/10. 1177/00323292221100220
- Mau, Steffen; Lux, Thomas & Westheuser, Linus (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, Steffen (2024). Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.
- Mosimann, Nadja & Rennwald, Line & Pontusson, Jonas (2022). Preface Working Class Politics in the 21st Century. West European Politics, 45/6, 1175–1177. https://doi.org/10.1080/01402382.2022. 2048501
- Müller, Tobias (2021). Warum Arbeiter:innen die AfD wählen. Katapult Magazin. Zugriff am 15.06.25 unter https://katapult-magazin.de/de/artikel/warum-arbeiter-innen-die-afd-waehlen
- Nadler, Robert (2021). Regionalisierte Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalt. Annahmen und Ergebnisse Kurzfassung. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale). Zugriff am 20.01.25 unter https://statistik.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Landes aemter/StaLa/startseite/Themen/Bevoelkerung/Berichte/Bevoelkerungsprognose/4S036-Methoden bericht-A.pdf
- Niedermayer, Oskar (2024). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2024. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 32. Zugriff am 14.06.25 unter https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/for schung/systeme/empsoz/team/ehemalige/Publikationen/schriften/Arbeitshefte/Parteimitglieder-Version-2024.pdf

- Oesch, Daniel (2006). Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden, and Switzerland. London: Palgrave Macmillan. https://doi.org/10.1057/9780230504592 8
- Oesch, Daniel (2013). Occupational Change in Europe. How Technology and Education Transform the Job Structure. Oxford: Oxford University Press. https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199680962.001.0001
- Reimer-Gordinskaya, Katrin & Tzschiesche, Selana (2023). Immer noch 'arm, aber sexy'? Ungleiche Lebenslagen und Klassenverhältnisse in Berlin. Forschungsbericht zum zweiten Schwerpunkt der Aktivierenden Befragung im Berlin-Monitor. Springe: zu Klampen.
- Reimer-Gordinskaya, Katrin; Quent, Matthias; Petersen, Helge & Hoffmann, Raphael (2023). Stellungnahme Sachsen-Anhalt. EFBI Policy Paper, 2, 36–39.
- Sandel, Michael J. (2020). The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good? New York City: Farrar Straus & Giroux.
- Schroeder, Wolfang; Ziblatt, Daniel & Bochert, Florian (2025). Hält die Brandmauer? Eine gesamtdeutsche Analyse: Wer unterstützt die AfD in den deutschen Kreistagen (2019–2024). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Discussion Paper, SP V 2025–501, März 2025. Zugriff am 10.03.25 unter https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2025/v25-501.pdf
- Schäfer, Armin (2015). Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Spissinger, Florian (2024). Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen. Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Stein, Petra (2022). Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung. In Nina Baur & Jörg Blasius (Hrsg.), Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung (S. 143–162). Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37985-8
- Sturm, Georg (2020). Populismus und Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs. Soziologiemagazin, 13 (2), 69–82. https://doi.org/10.3224/soz.v13i2.06
- Pitkin, Hanna F. (1967). The Concept of Representation. Berkeley: University of California Press.
- Pühringer, Stephan; Beyer, Katharina Magdalena & Kronberger, Daniel (2021). Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis: Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. Otto Brenner Stiftung. Zugriff am 18.01.25 unter https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02 Wissenschaftsportal/03 Publikationen/AP52 AfD WiPo SoPo.pdf
- Virchow, Fabian & Quent, Matthias (Hrsg.). (2024). Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme. München: Piper.
- Veiglhuber, Wolfgang & Weber, Klaus (Hrsg.). (2022). Höcke I Deutsche Arbeit & preußischer Staat. Hamburg: Argument Verlag.
- Weyand, Jan (2023). Aspekte einer kritischen Theorie rechten Verschwörungsdenkens. In Leo Roepert (Hrsg.), Kritische Theorie der extremen Rechten (S. 165–190). Bielefeld: transcript. https://doi.org/10.1515/9783839462928-006
- Zick, Andreas & Mokros, Nico (2023). Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte. In Andreas Andreas Zick et al. (Hrsg.), Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratie-gefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23 (S. 93–97). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.